

Redner Mathias Möreke, stellvertretender Betriebsratsvorsitzender
(Es gilt das gesprochene Wort!)

Guten Morgen, Kolleginnen und Kollegen,

ich begrüße Euch herzlich zu dieser Versammlung, in der der Betriebsrat Euch über die neuesten Entwicklungen zum VW-Gesetz und zu den Differenzen mit Porsche in Hinblick auf die Mitbestimmung informieren möchte. Eure Anwesenheit zeigt welch großes Interesse an der Thematik besteht, denn es geht ja um die nachhaltige Zukunftssicherung .

Zeitgleich zu unseren Versammlungen findet in Hamburg vor Beginn der Hauptversammlung des Volkswagen-Konzerns eine Kundgebung der IG Metall mit 1.300 Kolleginnen und Kollegen der Volkswagen AG, der Audi AG und weiteren Tochtergesellschaften statt, mit der für ein neues VW-Gesetz zum Schutz der Beschäftigten in unserem Konzern und für unsere künftige angemessene Beteiligung im Hinblick auf die Mitbestimmung demonstriert wird.

Sie demonstrieren für uns alle, Kolleginnen und Kollegen!
Und der Grund, weshalb die IG Metall nicht alle Beschäftigten zur Fahrt nach Hamburg aufgerufen hat, ist, dass die IG Metall natürlich in keinsten Weise unser Unternehmen schädigen, will.

Dennoch habt Ihr natürlich ein Recht in diesen Versammlungen nach dem Betriebsverfassungsgesetz über aktuelle Entwicklungen informiert zu werden. Die Kolleginnen und Kollegen stehen in Hamburg für die Belegschaften an 46 Standorten weltweit. Und somit für über 324.000 Menschen und ihre Familien, die alle wissen wollen, wie ihre Zukunft bei den neuen Eigentumsverhältnissen aussieht, wie sicher ihre Arbeitsplätze auch in Zukunft sind.

Und die keinerlei Verständnis dafür haben, dass sie in der neuen Porsche SE und angesichts des geplanten weiteren Ausbaus des Engagements unseres Großaktionärs in Hinblick auf die Mitbestimmungsvereinbarung nach jetzigem Stand nicht angemessen vertreten sein sollen.

Und nicht nur das. Es geht vor allen Dingen die Angst in unserer Konzernfamilie um, dass wir künftig der unternehmerischen Willkür eines Wendelin Wiedeking ausgesetzt sind. Den die Eignerfamilie Porsche ungeachtet der mangelnden Erfahrung und Kompetenz zur Führung eines so großen Konzerns nach eigenem trotzigem Gutdünken schalten und walten lässt, wie es ihm gerade gefällt.

Er mag ja zwei Standorte in Deutschland mit 12.000 Beschäftigten in den Griff bekommen haben, nachdem er bei Amtsantritt als Vorstandsvorsitzender von Porsche erst einmal flugs 3000 Menschen entlassen hat. Er mag auch mit Euros und Dollars jonglieren können wie ein Weltmeister. Aber eines kann er definitiv nicht: Mit Menschen umgehen. Das hat er innerhalb des letzten Jahres mehrfach und umfassend unter Beweis gestellt. Er hat Null-Fingerspitzengefühl bewiesen. Und damit ist aus der angedachten, sinnvollen Partnerschaft beider Unternehmen mittlerweile ein Fiasko geworden, dass einer feindlichen Übernahme gleicht.

Die berechtigten Sorgen und Ängste der Beschäftigten im Volkswagen-Konzern prallen an ihm ab wie am Panzer einer Küchenschabe. Da kann er in Briefen und Zeitungsanzeigen hundertmal das Gegenteil versichern!

Redner Mathias Möreke, stellvertretender Betriebsratsvorsitzender
(Es gilt das gesprochene Wort!)

Uns fehlt der Glaube an seine vollmundigen Beteuerungen, weil seine Taten eine ganz andere Sprache sprechen. Und diese Taten sind für die nachhaltige Zukunftssicherung unseres Konzerns in Gänze und nicht nur für die Beschäftigungssicherung gefährlich, denn er handelt wie ein Mittelständler.

Und deshalb stehen die Kolleginnen und Kollegen heute in Hamburg, um diese Botschaft auch an die vielen Kleinaktionäre zu richten, die an diesem Tag nach Hamburg zur Hauptversammlung gekommen sind.

Denn schon jetzt versucht Herr Wiedeking in das operative Geschäft des Konzerns und der Marken einzugreifen, um nach einem weiteren Aufstocken der Anteile, mit der Arroganz eines Alleinherrschers endlich hemmungslos schalten und walten zu können. Mit ungeheuren Risiken für unseren Konzern, für uns als Belegschaft und sogar für die Regionen der Standorte! Und um diesen Alleinherrschaftsanspruch durchzusetzen, hat er einen Antrag auf Änderung der Satzung von Volkswagen gestellt, um damit die 80 Prozent-Mehrheitserfordernis auf Hauptversammlungen zu kippen.

Und dieses dient dem Zweck, damit den Einfluss des Landes Niedersachsen als unseren zweiten Großaktionär zu beschneiden.

Das, Kolleginnen und Kollegen, werden wir nicht einfach hinnehmen!
Und wir stehen in dieser Frage voll an der Seite von Ministerpräsident Christian Wulff, der ebenfalls wie ein Löwe dagegen ankämpft und ebenso wie wir die Gefahren sieht, wenn Porsche in Zukunft die alleinige Macht bei Volkswagen hat. Wir sind uns mit ihm einig, dass wir diesen Dambruch gemeinsam verhindern müssen.

Deshalb sagen wir ganz klar: Nicht mit uns Herr Wiedeking!
Denn mit dem Land als einflussreichen Großaktionär sind wir – egal welche Partei am Ruder war – immer gut gefahren, weil ein grundsätzliches Verständnis über die Standort- und Beschäftigungssicherung auch in Krisenzeiten immer vorhanden war.

Wir Belegschaften aus allen Gesellschaften und Standorten kämpfen außerdem dagegen, dass auf diese Weise der Weg frei wird für eine Verlagerung des Konzernsitzes, ein Herauslösen von einzelnen Konzernteilen, wie zum Beispiel die Audi AG und den Abschluss eines Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages, mit dem uns Porsche ohne Probleme das von uns verdiente Geld aus dem Unternehmen ziehen kann und wir irgendwann ohne Hemd und Hose dastehen.

Wir sind zwar keine Eignerfamilie, aber eine Konzernfamilie, die fest zusammenhält und das wollen wir auch in Zukunft bleiben! Da passt kein Blatt zwischen uns! Schon gar nicht, wenn es von Herrn Wiedeking beschrieben wird!

Deshalb begrüßen wir es sehr, dass das Land Niedersachsen sich diesem Gebaren mit einen Gegenantrag entgegen gestellt hat, die Mehrheitserfordernis von 80 Prozent zu erhalten! Der Ministerpräsident hat unsere volle Unterstützung und wir hoffen, dass viele andere Aktionäre das genauso sehen.

Deshalb appelliert Bernd Osterloh in seiner Rede in Hamburg an alle Aktionäre, unser Unternehmen nicht Porsche allein zu überlassen und mit für den Antrag des Landes zu stimmen!

Redner Mathias Möreke, stellvertretender Betriebsratsvorsitzender
(Es gilt das gesprochene Wort!)

Denn eines ist doch mittlerweile überdeutlich: Porsche braucht uns und nicht umgekehrt. Wir sind für eine gleichberechtigte Partnerschaft. Und nicht für einseitige Dominanz, die ohne Rücksicht auf Verluste nach Gutsherrenart eingesetzt wird.

Um nur ein Beispiel zu nennen: Wo wären wir denn heute in dem boomenden Markt Brasilien, wenn wir wie von Herrn Wiedeking in der Krisenzeit angestrebt, den Laden dicht gemacht hätten? Ist das etwa unternehmerische Weitsicht, auf die wir künftig bauen sollen? Wohl kaum!

Wir wollen nicht zu einem Fall Nokia, Siemens/BenQ, Alanta oder all die anderen traurigen Beispiele unternehmerischer Willkür werden. Dagegen setzen wir uns mit Händen und Füßen zur Wehr.

Und deshalb kämpfen wir für ein neues VW-Gesetz, das gemäß der Entscheidung des Europäischen Gerichtshof zwar nicht mehr die Stimmrechtsbeschränkung und die Entsendemandate von Bund und Land enthält, das aber weiterhin eine Verlagerung von Produktionsstätten ohne Zustimmung der Arbeitnehmer unmöglich macht.

Das heißt im Klartext, dass §4 Abs. 2 des VW-Gesetzes erhalten bleiben muss. Danach bedarf die Errichtung oder Verlegung von Produktionsstätten der Zustimmung des Aufsichtsrats, der mit der Mehrheit von 2/3 seiner Mitglieder entscheidet. Wir wollen, dass es bei der notwendigen Mehrheit von 80 % plus 1 Aktie für wichtige Unternehmensentscheidungen bleibt.

In Kombination mit der durch die Satzung geregeltem Entsenderecht für die öffentliche Hand bedeutet das einen wichtigen Schutz für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei Volkswagen.

Natürlich schmeckt ein wie auch immer geartetes neues VW-Gesetz Porsche überhaupt nicht.

Und man wehrt sich mit Händen und Füßen dagegen, versucht erbittert einen entsprechenden Einfluss in Berlin und Brüssel mit der Argumentation geltend zu machen, dass ein neues VW-Gesetz den Alleinherrschaftsanspruch des Großaktionärs beschneide und unzulässige „Sonderrechte“ festschreibe.

Aber die genannten Punkte, Kolleginnen und Kollegen, sind keine Sonderrechte für uns, sondern Regelungen, die ihre Basis im Grundgesetz, in der demokratischen Entwicklung unseres Landes und in der Geschichte der deutschen Mitbestimmung haben.

Diejenigen, die nach dem Krieg für Volkswagen eine Unternehmensstruktur unter Einbeziehung der öffentlichen Hand gewählt haben.

- Auch aus der Historie heraus, dass Volkswagen mit geraubtem Gewerkschaftsvermögen aufgebaut wurde - hatten eindeutig den Schutz der abhängig Beschäftigten im Auge und eine derartige Schutzfunktion wollen wir auch für die Zukunft haben.

Und genau genommen, Kolleginnen und Kollegen, sollte jede Aktiengesellschaft derartige gesetzliche Regelungen zum Schutz der Belegschaften und zum Schutz des

Redner Mathias Möreke, stellvertretender Betriebsratsvorsitzender
(Es gilt das gesprochene Wort!)

Wirtschaftsstandortes Deutschland besitzen! Andere europäische Länder haben auch derartige Schutzmechanismen.

Und wir haben keinerlei Verständnis dafür, dass jetzt schon wieder Stimmen aus Brüssel laut werden, die sich vehement gegen eine neue Version des VW-Gesetzes aussprechen. Aber diese Stimmen kommen aus der Europäischen Kommission, doch diese kann das Gesetz gar nicht für unrechtmäßig erklären. Das kann nur der Europäische Gerichtshof.

Wir als Betriebsrat finden es aber mittlerweile schon empörend, wie vehement die EU-Kommission einen neoliberalen Kahlschlag betreibt, der bewährte Arbeitnehmerrechte eliminiert. Und wir denken, wir sollten bis zu den nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 2009 deutlich machen, dass wir ein soziales Europa wollen, das Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor der Willkür des Kapitals schützt.

Wir denken, Kolleginnen und Kollegen, der Fall Nokia hat zumindest unser Land ein Stück weit wachgerüttelt und wir hoffen, dass diese neue Aufmerksamkeit für die Arbeitsplätze auch nachhaltig ist.

Jedenfalls haben wir in unserem Kampf um ein neues VW-Gesetz in der von mir beschriebenen Form viele Mitstreiter auf Landes- und Bundesebene.

– Angefangen von Justizministerin Brigitte Zypries von der SPD, die den neuen Gesetzentwurf vorgelegt hat, über die SPD mit Kurt Beck, Frank-Walter Steinmeier und Sigmar Gabriel an der Spitze, über Jürgen Trittin von den Grünen und viele andere. Auch hierbei ist hervorzuheben, dass Ministerpräsident Christian Wulff nicht von unserer Seite weicht. Er stellt sich sogar dem kräftigen Südweststurm seiner Kollegen Günther Oettinger und Günther Beckstein.

Ein Schelm, der sich Böses dabei denkt, dass sich gerade diese beiden Herren zu Wort gemeldet und sich öffentlich gegen eine neues VW-Gesetz ausgesprochen haben. Da spielt die regionale Nähe zum Großaktionär wohl eine gewichtige Rolle.

Und Ministerpräsident Wulff ist es offensichtlich außerdem gelungen, Bundeskanzlerin Angela Merkel von der Richtigkeit und Wichtigkeit seiner Argumente zu überzeugen. Denn auch sie hat sich für das Gesetz ausgesprochen.

Aber, Kolleginnen und Kollegen, trotz dieser positiven Ansätze ist das neue VW-Gesetz noch nicht in trockenen Tüchern. Ein Grund mehr für uns, auch keinen Millimeter von den Forderungen nach einer angemessenen Beteiligung der Belegschaften des VW-Konzerns bezüglich des Mitbestimmungsvertrages in der Porsche SE abzurücken.

Und angemessen heißt für uns nach wie vor, dass das kleinere Unternehmen mit nur einem Bruchteil der Beschäftigten eben nicht die gleiche Anzahl von Sitzen im SE Betriebsrat hat, wie der große Volkswagen-Konzern.

Kolleginnen und Kollegen, ich kann Euch nur sagen: Wir haben es im Vorfeld der Hauptversammlung noch einmal versucht, etwas zu bewegen. Doch wir sind nur auf die bekannte starre Haltung gestoßen, die immer noch keine angemessene Beteiligung vorsieht. Nicht für uns und nicht für die Mitglieder des Euro- und Weltkonzernbetriebsrates.

Redner Mathias Möreke, stellvertretender Betriebsratsvorsitzender
(Es gilt das gesprochene Wort!)

Das ist ein Affront gegen uns alle, die wir jetzt über Jahre solidarisch zusammengearbeitet und zusammengestanden haben.

Wenn ich zum Beispiel nur an die damals geplante Standortschließung in Brüssel denke. Mir ist aber schon klar, warum man bei Porsche dafür kein Ohr hat. Wem die internationale Erfahrung fehlt, weil er nur zwei Standorte hat, der vermag die Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit auch nicht zu erkennen! Natürlich ließe sich so etwas in der Vereinbarung durchaus korrigieren. Aber nur, wenn der Wille zur Einigung vorhanden ist und das ist weiterhin nicht erkennbar.

Und ich betone es immer wieder: Wir lassen uns nicht auf „Wenn“- oder „Vielleicht“-Spielchen ein. Entweder bekommen wir eine befriedigende Regelung hin, die juristisch abgesichert ist. Oder wir treffen uns nicht nur am 29. April 2008, sondern wenn notwendig immer wieder im Gerichtssaal.

Wir scheuen uns nicht, das berechtigte Anliegen unserer Konzernbelegschaften mit allen juristischen Mitteln und mit dem Gang durch alle Instanzen durchzusetzen. So einfach lassen sich die Belegschaften des Volkswagen-Konzerns nicht in die Knie zwingen! Und vermutlich wird das Durchklagen durch die Instanzen notwendig werden.

Wie gesagt, es hat noch einmal den Versuch gegeben etwas zu bewegen. Was aber nach den Vorstellungen von Porsche den Rechtsstreit in alle Ewigkeit beenden sollte, war für uns einfach nicht akzeptabel, sondern geradezu sittenwidrig.

Wir gehen nicht auf einen windigen Kompromiss ein, nur damit Ruhe im Karton ist.

Wir werden den Kampf schon deshalb aus Überzeugung bis zum Ende durchfechten, da wir uns neben der Verantwortung für unsere Belegschaften auch der Gesamtverantwortung für die Mitbestimmung und für die Durchsetzung von Arbeitnehmerrechten bewusst sind.

Denn wir sind der festen Überzeugung: Das, was hier nach dem Willen von Porsche passiert, ist eine Schwächung der Mitbestimmung in Gänze. Hier soll ein Exempel statuiert werden, das Auswirkungen auf die Gründung von künftigen SE's haben wird. Und schon deshalb werden wir keinen Schritt zurückweichen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit, wir werden Euch weiterhin auf dem Laufenden halten und die Versammlung ist hiermit beendet.